

## **Liste Solidarität**

Rüsselsheim  
18. Nov. 2004

An den Magistrat

Über Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Anträge zum Haushalt 2005

\* \* \* \* \*

### **Haushalt 2005 – 2.7005 Kanalneubau Alzeyer Strasse**

Der Betrag bleibt solange gesperrt, bis sich die Vermarktungssituation städtischer Grundstücke deutlich gebessert, d.h. ein realer Bedarf an weiteren Gewerbeflächen feststellbar ist und vom Miteigentümer des Gewerbegebiets eine Zahlung oder rechtsverbindliche Zusage über den entsprechend dem Grundstücksanteil zu leistenden Anliegerbeitrag vorliegt.

#### **Begründung:**

Weder das Risiko noch die Zinskosten für einseitige Vorleistungen können von der Stadt getragen werden.

Es würde im übrigen der Haushaltsklarheit dienen, wenn die zu erwartende Kostenbeteiligung bereits als Einnahme in den Haushalt eingestellt würde.

\* \* \* \* \*

### **UA 9000 - S t e u e r n**

Gewerbesteuereinnahmen, -nachzahlungen und -erstattungen werden entsprechend dem Bruttoprinzip getrennt ausgewiesen und nicht auf einen einzigen Betrag saldiert. Der Magistrat wird gebeten ergänzend zu berichten, in welchem Umfang in den Jahren 1999 bis 2005 Erstattungen vorgenommen wurden bzw. absehbar oder zu erwarten sind.

#### **Begründung:**

Ziel ist eine größere Transparenz. Nicht umsonst gilt das Bruttoprinzip als Regel. Falls Abweichungen zwingend erforderlich erscheinen, sollte die Rechtsgrundlage genannt werden.

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – 0300 Controlling – Verdoppeltes Rechnungswesen**

Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, die seit *s i e b e n* Jahren bestehende so genannte Experimentierphase – Nebeneinander von klassischem Haushalt sowie Produkt- und Leistungsrechnung – zu beenden und die eingesparten Beträge im Haushalt einzustellen (Zuschussbedarf der o.g. Haushaltsstelle z.Z. über 430.000 Euro – hinzu kommt die nicht bezifferbare Belastung der gesamten Verwaltung). Das gleiche gilt für die bei den einzelnen Haushaltsstellen ausgewiesenen „Zuschussbudgets“.

### **Begründung:**

Was ursprünglich als relativ kurze Erprobungsphase angekündigt war, ist längst zu einer Dauereinrichtung geworden. Dabei wird das Parallelsystem seit langem von vielen Beteiligten als unzureichend und überflüssig angesehen – es spielt z.B. in den Beratungen der Stadtverordneten kaum noch eine Rolle. Die eigens ausgewiesenen Zuschussbudgets verlängern den Haushaltsplan um mehrere Hundert Seiten und spielen in den Beratungen ebenfalls so gut wie nie eine Rolle.

Solche unnötigen Geldausgaben sind in Zeiten allgemeiner Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen weder für die Bevölkerung noch für die Mitarbeiter der Verwaltung zumutbar.

Hinzu kommt, dass der „eigene Rüsselsheimer Weg“ mit der landesweit vorgesehenen Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (s. Hh.St. 0305) ohnehin beendet werden muss.

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – 0305 Einführung der „Doppik“**

Antrag: Der Ansatz von 150.000 Euro bleibt solange gesperrt, bis vom Magistrat beschlossene Einsparungen der bisherigen Experimentiersysteme (s. Hh.St. 0300) vorliegen.

Begründung: s. Antrag zu Hh.St. 0300

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – 2.0630 Opelvillen**

Im Vermögenshaushalt der allgemeinen Verwaltung Haushaltsstelle 2.0630 Umbau der Opel-Villen Nummer 987000.5 wird der Investitionszuschuss an die Stiftung Opel-Villen von 100.000 Euro ersatzlos gestrichen.

### **Begründung:**

Bisher konnten die Stadtverordneten davon ausgehen, dass mit der Sanierung der Opel-Villen auf die Stadt kein weiterer Zuschussbedarf zukommt. Weiter ist in Rechnung zu stellen, dass die Opel-Villen über die im Haushalt ausgewiesenen Summen hinausgehend weitere städtische Mittel erhalten hat. Für weitere anstehende Investitionen ist also bürgerschaftliches Engagement gefordert.

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – 4640 Kindertagesstätten**

Im Unterabschnitt 4640 Kindertagesstätten wird der Ansatz für „Aus- und Fortbildung des Fachpersonals“ auf 35.000 Euro erhöht.

### **Begründung:**

Die Entwicklung der Kindertagesstätten zu „Bildungseinrichtungen“ und die Berücksichtigung besonderer rüsselsheimspezifischer Problemlagen: Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, Sprachförderung und Kompensation von Armutsfolgen erfordern eine kontinuierliche und intensiviertere Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Dies gilt umso mehr, wenn die diskutierten Qualitätsstandards erreicht und verbessert werden sollen. Der durch die neue PISA - Untersuchung wieder ins Bewusstsein gerückte Problemdruck lässt eine Ausweitung der Mittel zwingend geboten erscheinen. Eine Kürzung – wie sie im aktuellen Haushaltsplan vorgesehen ist – ist verantwortungslos.

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – Haushaltsbegleitender Antrag (Armutbericht)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim erstellt einen die Jahre 1999 bis 2004 umfassenden Armutsbericht, der auf der Basis des Lebenslagen konzeptes einen Überblick über die Entwicklung in der Stadt gibt und insbesondere die Situation in den Stadtvierteln, die Lage alleinerziehender Mütter, die Lage von Familien mit Migrationshintergrund und die Lage von kinderreichen Familien berücksichtigt. Ziel ist es das notwendige Datenmaterial zu erfassen, um Maßnahmen gegen die auch in Rüsselsheim zunehmende Armut insbesondere von Kindern zu entwickeln. Die vom „forum urbanum“ im April 2001 vorgelegte Studie „Wege zu einer sozialen Stadt der Zukunft“ kann Bezugs- und Ausgangspunkt sein.

### **Begründung:**

Der im November dieses Jahres vom Deutschen Kinderhilfswerk vorgelegte „Kinderreport Deutschland 2004“ stellt fest, dass zum Jahresende 2002 knapp über eine Million Kinder unter 18 Jahren von Sozialhilfe betroffen waren, das sind 37 Prozent aller Empfänger. Aus dem statistischen Bericht der Stadt Rüsselsheim geht hervor, dass sich von 2001 auf 2002 die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger um 459 erhöht hat. Davon waren 189 unter 18 Jahren. Auch in Rüsselsheim nehmen also Armut und Kinderarmut deutlich zu. Es muss davon ausgegangen werden, dass aufgrund der allgemeinen sozialpolitischen Lage und insbesondere mit der Umsetzung von Hartz IV noch mehr Kinder unter die Armutsgrenze gedrückt werden. Dabei ist sich die Armutsforschung heute darüber klar, dass eine formale Heranziehung des Einkommens als bestimmende Determinante von Armut die Komplexität insbesondere von Kinderarmut nicht genügend erfasst. Geeigneter erscheint die wesentlich differenziertere Beschreibung des Lebenslagenkonzeptes. „Es interpretiert Armut als ein mehrdimensionales Geschehen im Sinne einer Kumulation von Unterversorgungslagen, u.a. in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Arbeitsbedingungen, Einkommen und der Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur.“ (Kinderreport Deutschland 2004, S. 41) Es ist Voraussetzung ein konkretes Bild von diesen „Lebenslagen“ vor Ort zu haben, um wirkungsvoll Gegenkonzepte und Maßnahmen zur Abfederung von Armutsfolgen entwickeln zu können.

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2005 – Haushaltsbegleitender Antrag (Beratungsbericht)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim erstellt einen Bericht über die Entwicklung der Beratungskapazitäten von 2000 bis 2005 in folgenden Bereichen: Erziehungsberatung, Migrantenberatung, Drogenberatung, Verbraucherberatung, Beratung in besonderen Lebenslagen (sexueller Missbrauch, Gewalt gegen Frauen, etc.)

### **Begründung:**

Vor einem Jahr beschloss die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich eine Resolution gegen die sozialpolitischen Kürzungen der Hessischen Landesregierung. Mittlerweile sind die Folgen dieser unverantwortlichen Politik allenthalben sichtbar: Angebot für Frauen und Mädchen entfallen, die Migrantenberatung der Arbeiterwohlfahrt musste schließen, weitere Einschnitte sind denkbar. Wenn es der Stadt Rüsselsheim ernsthaft darum geht, falsche sozialpolitische Weichenstellungen zu korrigieren, dann ist es sinnvoll, sehr genau Bilanz zu ziehen, in welcher Weise sich das soziale Netz der Stadt qualitativ verschlechtert hat. Dies ist nicht nur notwendig um zu erkennen, wo die Kommune evtl. korrigierend eingreifen muss, sondern vor allem auch Voraussetzung dafür, Druck auf die Landesregierung auszuüben, den eingeschlagenen falschen Weg zu korrigieren.